A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 28. Mai 1926
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48. Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 243
28. 5. a
10 Pfennig

## Zum Tage.

Eine soeben aus Afghanistan eingetroffene Korrenspondenz vom Ende vorigen Monats berichtet uns ausführlich über einen Ueberfall der Bevölkerung auf einen in Tschiften der Afghanischen Regierung stehenden Deutschen, Baron Kaltenborn-Stachau, der sich in Begleitung seiner Frau im Auto auf einer Dienstreise von Dschilalabad nach Kabul befand. Aus der Kaltblütigkeit der Insassen und des Chauffeur war es zu danken, daß der Ueberfall ohne schlimmere Folgen als einige leichte Verletzungen durch Steinwürfe vorüberging. Der Vorgang, dessen Einzelheiten aufzuführen hier zu weit führen würde, darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Denn wenn es richtig ist, daß auch in der höchst entwickelten Ländern die Tätigkeit verbrecherischer Elemente nicht immer ganz zu verhindern ist, so liegt die bedauerliche Bedeutung dieses Falles in gewissen Merkmalen einer fremdenfeindlichkeit, die geeignet sind, im Urteil der Weltöffentlichkeit auf den aufstrebenden afghanischen Staat ein recht ungünstiges Licht zu werfen. Soweit das deutsche Volk in Frage kommt, mangt sich dabei der noch unerledigte Fall Stratil-Sauer ins Gedächtnis. Hätte Baron Kaltenborn eine Waffe bei sich geführt, wer er im Betreten auf die Sicherheit der öffentlichen Straßen Afghanistans — noch dazu sonntagen der Hauptstraße! — unterlassen hatte, so hätten wir wahrscheinlich heute eine Neuauflage des Falles Stratil-Sauer, für die die Anerkennung der berechtigten Notwehr unter allen Umständen hätte verlangt werden müssen. Wo dieses auch unter den vollkommensten Rechtsverhältnissen unverständliche Verschuldensverhältnis keine Geltung hat, wo die Verteidigung gegen einen Angriff auf Leben oder Eigentum, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, verboten oder beschränkt ist, dort wird auf die Dauer auch für die besten Freunde eines der modernen Entwicklung zustrebenden Staates der Aufenthalt unerträglich sein. — In wenigen Wochen wird der Fürst von Afghanistan erwartet, zur Zeit auf der Ausreise befindliche Deutsche Gesandte dieselbe Straße passieren, auf der Baron Kaltenborn mit seiner Gemahlin mit knapper Not schwerer Lebensgefahr entgangen ist. Es ist schwer abzusehen, was geschehen wäre, wenn anstatt eines Privatmannes der Deutsche Gesandte in die gleiche Lage gekommen wäre. Es ist nur zu hoffen, daß sich die Afghanische Regierung bei der Meldung über den Ueberfall dieselbe Frage vorgelegt und demgemäß alle Vorkehrungen getroffen hat, um die Reise des Deutschen Gesandten sicherzustellen.

*

Am 29. Mai feiert der auch in Deutschland bekannte hervorragende ungarische Politiker Graf Albert Apponyi seinen 80. Geburtstag. Graf Apponyi steht seit 60 Jahren mitten im politischen Leben seines Vaterlandes und ist mit der ganzen Fülle seiner politischen Lebenserfahrung besonders hervorgetreten, als er im vergangenen Jahre in der Völkerbundsversammlung zu Genf für die Rechte seines unterdrückten Volkes, damit zugleich aber auch für das Menschheitsziel der Beseitigung der unerträglichen Zwangsdiktate des Jahres 1919 sein Wort erhob. Hätte dieser Staatsmann vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte seine Kräfte nicht allzu ausschließlich in den unerquicklichen innerpolitischen Kämpfen seines Vaterlandes und im Kampf gegen Oesterreich verwendet, so wäre er zweifellos einer der bedeutendsten europäischen Staatsmänner geworden. Graf Apponyi gehört unzweifelhaft zu den besten Rednern der Welt. Seine vollendete Beherrschung aller wichtiger europäischen Sprachen ist unbestritten. Als Führer der ungarischen Friedensdelegation brachte er mit seiner glänzenden Rednergabe und exstaunlichen Sprachgewandtheit alle die zwingenden Argumente vor, die gegen die Verstümmelung Ungarns und die Verewigung der europäischen Unsicherheit sprachen. Seine Ausführungen blieben bei den Machthabern der Entente nicht ohne Eindruck; freilich vermochte selbst sein Appell an das Gewissen der Welt das Verdikt der Siegermächte nicht mehr aufzuhalten, Graf Apponyi kehrte, ohne seinen Namenszug unter das Diktat zu setzen, nach Ungarn zurück. Im Völkerbund ist er als Vorkämpfer der Rechte der nationalen Minderheiten aufgetreten. Es darf nicht verschwiegen werden, daß er selbst als Politiker und Minister im alten Ungarn in der Nationalitätenfrage einen chauvinistischen Standpunkt betätigt hat, der freilich keinerlei Vergleich mit den heutigen Unterdrückungsmethoden der Nachfolgestaaten aushält. Für sein Vaterland stellt die ungebrochene Energie des Grafen ein außerordentlich wertvolles Kapital dar. Er ist der größte lebende Repräsentant des ungarischen Volkes, dessen man auch in Deutschland an seinem Ehrentage mit wärmsten Wünschen gedenkt.

### Tschechische Kundgebungen gegen den Faschismus.

**Prag**, 28. 5.

Gestern fand in Prag eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung der tschechischen Legionäre, der tschechischen Nationalsozialisten und der tschechischen Sozialdemokraten gegen den Faszismus und für das demokratische Regierungssystem statt. Es kam zu heftigen Kundgebungen gegen die tschechischen Nationaldemokraten und Kramarsch und zu Ovationen für Masaryk und Benesch.

**Bemerkenswert ist eine Rede des tschechischen sozialdemokratischen Führers Bechyne, der auf die Nachbarschaft des deutschen 80-Millionen-Volkes hinwies und die antideutsche Agitation der Faszisten ablehnte. Die Faszisten, die den Staatsstreich mit Militär durchführen wollten, vergäßen, daß ein Drittel der Armee aus Deutschen, Ungarn und anderen Minderheitsvölkern bestände.**

## Vor einer neuen Marokko-Konferenz

### Frankreich präsentiert die Rechnung für seine Hilfe.

**a. Paris**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Marschall Petain hat gestern nochmittag eine besondere Unterredung mit dem Generalsekretär des Auswärtigen, Berthelot, gehabt. In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird hierzu bemerkt, daß die in dem französisch-spanischen Abkommen von vergangenen Juli enthaltenen diplomatischen und militärischen Ziele zur Stunde fast vollkommen erreicht seien; es sei daher notwendig, eine Verlängerung des Abkommens durchzuführen, um die durch die Unterwerfung Abd el Krims noch ergebenden Lage rasch zu liquidieren. Die Unterhandlungen seien bereits im Gange, und würden ebenfalls durch eine

**französisch-spanische Konferenz,**

die möglichenweise in Algeciras oder Madrid stattfinden würde, abgeschlossen werden. Nach dem „Journal" ist die Lage die, daß Frankreich demnächst die Besetzung seiner Zone beendet haben werde, und alles wäre sehr einfach, wenn auch Spanien in den ihm zugewiesenen Gebiet das gleiche Ziel erreicht hätte. Wenn aber dieses Vorrücken Spaniens lange auf sich warten lasse, so müßte man sich mit der Frage befassen, wie die Betreibung des Riff dauerhaft durchgeführt werden könnte, um unnötige Schwierigkeiten Allah Bou Hamar Raisuli und Abd el Krims zu vermeiden. Es würde hierbei an die

**Errichtung von spanischen Feldpolizeien**

gedacht. Das wäre aber bisher nur ein Plan. Diese Frage müßte noch genauer gep.ift werden. Auch müßte die genaue Grenzlinie der französischen und spanischen Zone festgelegt werden.

Gerüchtweise verlautet, daß Frankreich für seine militärischen Opfer, die es gebracht habe, und behält, daß es sogulagen für Spanien die Kastanien aus dem Feuer geholt habe, eine entsprechende Verbesserung seiner Einflußzone im Riff fordere. Spanien scheint aber auf diesen Gedanken nicht recht zu einem Entgegenkommen bereit zu sein.

Ueber das Erscheinen Abd el Krims in den französischen Linien wird folgende Schilderung gegeben: Zwei französische Offiziere gingen am 26. Mai morgens nach Snada, nördlich von Targuist, wo sich Abd el Krim im Hause des Scheriff Sidi Amiba Hazani, einer geistlichen Persönlichkeit, die den Titel Sultan von Marokko untergeordnet ist, aufhielt. Bald darauf wurde ein Detachement des 14. algerischen Jägerregiments unter dem Befehl des Obersten Giraud Abd el Krim entgegengesandt. In Ijimmuren, südlich von Snada, warteten der General Iboa und der Oberst Corap mit zwei Bataillonen des 14. algerischen Jägerregiments und einer Spahieseskadron. Abd el Krim erschien pünktlich zur festgesetzten Stunde am 27. Mai um 5,15 Uhr morgens in Begleitung von acht Reitern, darunter die zwei französischen Offiziere und der schon erwähnte Vertrauensmann des Sultans. Abd el Krim stieg aus, übersprang eine kleine Straßenmauer und ging raschen Schrittes auf den General Iboa zu. Es entwickelte sich eine kurze Unterredung, an die sich eine längere Aussprache zwischen Abd el Krim und Oberst Corap anschloß. Abd el Krim zeigte sich

**besonders um seine Familie und um seine Frauen besorgt.**

die er zurücklassen mußte, da er keine Zahlgestegenheit für sie aufbringen konnte. Abd el Krim ließ während der ganzen Unterredung keine Aufregung bemerken und war von fatalistischer Ruhe. Er hatte die einzige Zeit der eingetretenen Bevölkerung zu. Gestern abend übernachtete Abd el Krim in Targuist. Er will im Einvernehmen mit der französischen Militärbehörde Anordnungen treffen, daß seine Familie, seine Frauen und seine Habe ihm nachgebracht werden. Heute trifft er in Bured ein, und wird morgen in Tanger sein.

*

In der Senatskommission des Auswärtigen Amtes gelangte gestern das deutsch-russische Abkommen zur Sprache. Nach einem Gedankenaustausch, an dem sich besonders Poincaré, Lemery, Derard, Albert Marraud und der Präsident der Kommission, Hubert, beteiligten, beschloß die Kommission, von der Regierung den Wortlaut des Abkommens und der damit zusammenhängenden Schriftstücke zu verlangen.

## Probleme der Arbeitskonferenz.

### Zusammensetzung der Kommissionen.

seh. **Genf**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Die Internationale Arbeitskonferenz hat gestern nachmittag die vier Kommissionen gewählt, in denen sie zu arbeiten gedenkt. In der Kommission, die sich mit dem Verhalten der Regierungen in der Frage der Konventionen und Empfehlungen beschäftigt (Artikel 408 des Versailler Diktates) ist ein deutscher Regierungsvertreter, der Arbeitgebervertreter Spudel und der Arbeitervertreter Otte. Ebenso ist ein österreichischer Regierungsvertreter in dieser Kommission, dann ein Arbeitgebervertreter und ein Arbeitervertreter. In der Kommission, die über die Beibehaltung der zweiten Lesungen Beratungen anstellt, befindet sich deutscherseits Arbeitgebervertreter Vogel und Arbeitervertreter Müller. In der Reglementskommission von befindet sich der deutsche Arbeitgebervertreter Vogel, in der Kommission für Vereinheitlichung der Auswanderereinspektion auf Schiffen liegen ein deutscher Regierungsvertreter, der deutsche Arbeitgebervertreter Stahlander und der deutsche Arbeitervertreter Knoll. Oesterreich ist in dieser Kommission nicht vertreten. Mehrere Staaten verlangen Zulassung zu dieser Kommission, worüber noch beraten werden wird.

Freitag und Sonnabend arbeiten ausschließlich die vorgenannten Kommissionen. Montag 10,30 Uhr ist Vollsitzung, die sich wahrscheinlich mit dem Bericht des Direktors befassen wird. Die Frage des faschistischen Arbeiterattentats erledigte sich durch das Verbrit der Siegermächte nicht mehr aufzuhalten, Graf Apponyi kehrte, ohne seinen Namenszug unter das Diktat zu setzen, nach Ungarn zurück. Im Völkerbund ist er als Vorkämpfer der Rechte der nationalen Minderheiten aufgetreten. Es darf nicht verschwiegen werden, daß er selbst als Politiker und Minister im alten Ungarn in der Nationalitätenfrage einen chauvinistischen Standpunkt betätigt hat, der freilich keinerlei Vergleich mit den heutigen Unterdrückungsmethoden der Nachfolgestaaten aushält. Für sein Vaterland stellt die ungebrochene Energie des Grafen ein außerordentlich wertvolles Kapital dar. Er ist der größte lebende Repräsentant des ungarischen Volkes, dessen man auch in Deutschland an seinem Ehrentage mit wärmsten Wünschen gedenkt.

## Hoffnung auf Aufhebung der Finanzkontrolle.

### Bundeskanzler Dr. Ramek und Graf Bethlen fahren nach Genf.

kbg. **Wien**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek reist am Donnerstagabend nach Genf. In seiner Begleitung wird sich der Finanzminister Vollmann und seine Mitarbeiter sowie der handelspolitische Sektionschef Dr. Schüller befinden. Oesterreich erwartet von Genf diesmal die vollkommene Aufhebung der Finanzkontrolle und die Abberufung des Generalkommissars Zimmermann, da es in der Lage sein wird, den Rechnungsabschluß für das Jahr 1925 vorzulegen, der, wie wir kürzlich gemeldet haben, mit einem kleinen Ueberschuß schließt. Auch Ungarn erscheint mit der Bitte um Aufhebung der Finanzkontrolle vor dem Völkerbund. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und der Finanzminister Bud reisen morgen, Freitag, nach Genf zu den Beratungen mit dem Völkerbund. Ungarn macht große Anstrengungen, um die Entlassung aus der Völkerbundskontrolle zu erreichen und erwartet die Entscheidung darüber ebenfalls in Genf. Ein politisches Gefolg des Ministerpräsidenten ist um so wichtiger, als Bethlen nach seiner Rückkehr die seit langem erwartete Umbildung seines Kabinetts vornehmen müßte. Er selbst wird bei dieser Gelegenheit voraussichtlich formell seine Demission geben, aber wieder mit der Kabinettsbildung betraut werden.

Der Frankenfälscherprozeß kommt nunmehr Mitte Juni an die 2. Instanz. Eine Verhandlung ist aber vor dem Herbst kaum mehr zu erwarten.

### Oesterreichs Außenhandelspolitik.

kbg. **Wien**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Die österreichische Regierung hat im Nationalrat den zweiten Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 eingebracht, ferner eine Vorlage über die Abänderung des Verfassungsgesetzes über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit den auswärtigen Staaten. Die erste Vorlage umfaßt die Verhandlungsergebnisse der kürzlich in Berlin geführten Besprechungen, die zweite Vorlage trifft Vorsorge für den nach Beendigung der Handelsvertragsverhandlungen mit den übrigen auswärtigen Staaten.

### Drohung der polnischen Bauernpartei.

kbg. **Wien**, 28. 5. (Eigenbericht.)

In Polen dauert die Ministerkrise über die Lage fort, und auch die Parteienberatungen über den Präsidentenwahl sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Bauernpartei, die an die Person Pilsudskis große Hoffnungen auf eine weitgehende Aenderung der Verfassung knüpfen, verlangt eine klare Antwort, ob Pilsudski sich zum Präsidenten gewählt werden sollte.

*

os. **Kattowitz**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Obgleich der Geldumlauf in Polen bereits zum größeren Teile aus ungedeckten sogenannten Interimsscheinen besteht, hat das Finanzministerium soeben die Ausgabe von Schatzscheinen zu je 10 000 Zloty in Höhe von 30 Millionen Zloty verfügt. Die Presse der Opposition erklärt diese neue Ausgabe ungedeckten Geldes als den „Beginn einer Inflation" in Polen. Die Blätter der Rechten melden das Verschwinden des früheren Kriegsministers Malczewski, der seit mehreren Tagen unauffindbar ist, und deuten an, daß ein politisches Verbrechen vorzuliegen scheine.

## Baldwin wartet auf Antwort.

### Die Einschränkung des Kohlen- und Gasverbrauchs in England.

sx. **London**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Die Bemühungen und die Lösung der Kohlenkrise sind immer noch nicht weiter gekommen. Premierminister Baldwin ist gestern nach Chequers zurückgefahren, wo er bis Montag bleiben wird. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie keine Schritte tun könne, bevor beide Parteien, d. h. Grubenarbeiter und Bergwerksbesitzer, den Brief der Regierung bestimmt hätten. In politischen Kreisen macht sich angesichts dieser Lage eine verstärkte Beunruhigung geltend. Eine bestimmte Gruppe schlägt vor, die Kohlenstoge unabhängig von Bergarbeitern und Grubenbesitzern durch ein vom Parlament anzunehmendes Gesetz zu regeln. Die Beverbrook-Gruppe vertritt diesen Standpunkt. „Daily Mail" hat ihr eigenes Rezept zur Lösung der Kohlenkrise, nämlich die Wiedereinführung des Achtstundentages oder Lohnherabsetzung. Die Regierung sieht aber alle diese Vorschläge ab. Richtesdestoweniger wird die Lage täglich kritischer. Die gestern erlassenen Verfügungen, die eine erneute Einschränkung des Kohlenverbrauchs bringen, machen zum erstenmal das Publikum ernst die Lage deutlich. Aeußerlich betrachtet, wird das Verbot von Illuminationszwecken eine sehr wirksame Wirkung sein, da dadurch das Bild Londons in den Nachtstunden völlig verändert wird. Der Gasverbrauch soll auch stark herabgesetzt werden. Einigen Stadtteilen wird so wenig Gas zur Verfügung stehen, daß nur zu gewissen Tageszeiten genügend Druck zum Kochen vorhanden sein wird. Die Arbeitslosigkeit steigt von Tag zu Tag. Der Untergrundbahn- und Eisenbahnverkehr wird wahrscheinlich weiter eingeschränkt werden müssen. Auf den Londoner Untergrundbahnstrecken fahren bis jetzt noch 20—30 % weniger Züge als zu normalen Zeiten.

*

### Einkommensteuerpflicht der Ausländer in Frankreich.

**a. Paris**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Die Finanzkommission der Kammer wird sich demnächst neuerlich mit einem Gesetzesvorschlag zu beschäftigen haben, der außer der Einkommensteuerpflicht für alle Ausländer, die in Frankreich ihren ständigen Wohnsitz haben, auch die Besteuerung aller der Ausländer vorsieht, die ohne ständigen Wohnsitz in Frankreich aus französischen industriellen, kaufmännischen oder landwirtschaftlichen Unternehmungen einen Nutzen ziehen. Der letztere Punkt des Gesetzes soll hauptsächlich eine Repressalie gegen eine ähnliche englische Gesetzesvorlage darstellen, durch die sich in England ansässige Franzosen betroffen fühlen.

*

**a. Paris**, 28. 5. (Eigenbericht.)

**Die „Ere Nouvelle" teilt heute mit, daß die Unterzeichnung des französisch-jugoslawischen Abkommens unmittelbar bevorstehe. Das Abkommen bilde in einem gewissen Sinne eine Erweiterung des bereits bestehenden französisch-tschechoslowakischen Vertrages.**

### Vorschlag einer neuen französischen Währung.

**a. Paris**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Der Abg. Borel von den Radikalen, Mitglied der Kommission für-auswärtige Angelegenheiten in der Kammer und Präsident der Kommission für Elsaß-Lothringen, hat in der Kammer ein Gesetzesprojekt zur Reorganisierung der Währung eingebracht. Borel verlangt die Gründung eines neuen Papiergeldes, das durch den Goldschatz der Bank von Frankreich garantiert wäre. Dieses neue Geld soll stufenweise das in Umlauf befindliche Papiergeld ersetzen. Es müßten alle Vorkehrungen getroffen werden, die Borel übrigens vorsieht, um in der Uebergangszeit das Sinken des gegenwärtigen Papiergeldes zu verhindern. Das wesentliche Merkmal seines Gesetzesprojektes, betont Borel, liege in der Tatsache, daß auf diese Weise Frankreich ohne Hilfe des unumgänglich notwendige Stabilität seines Geldes erreichen könnte.

*

**a. Paris**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Auf dem Landeskongreß der französischen Advokaten, der seit einigen Tagen in Nantes tagt, wurde in der Schlußsitzung die Gründung eines internationalen Advokatenverbandes im Dienste der Friedensidee beschlossen. Der Verband würde dem vom Völkerbund geschaffenen Institut für intellektuelle Zusammenarbeit angehören.

## Das Wahlergebnis in Rumänien.

kbg. **Wien**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Heute beginnen in Rumänien die Wahlen zum Senat. Ueber die Wahlen zur Kammer liegen folgende ziffernmäßige Ergebnisse vor:

Averescu 1 243 900 Stimmen,
Liberale 176 763 Stimmen,
Nationalisten und Bauernpartei 707 263 Stimmen,
Cuza (Antisemiten) 100 889 Stimmen,
Sozialisten 35 570 Stimmen,
Peasantspartei 3280 Stimmen,
Kommunisten 28 168 Stimmen.

Die Mandatsverteilung liegt amtlich noch nicht vor; so viel scheint aber festzustehen, daß die Sozialisten, die Bauern und die kommunistische Partei ohne Mandat bleiben werden, weil sie sie für ein Mandat vorgeschriebenen 2 % aller abgegebenen Stimmen nicht erreichen konnten.

x. **Bukarest**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Der Generalinspekteur der rumänischen Armee, General Petala, der sich zwecks Studiums der Mobilisationsmaßregeln der französischen Armee schon seit längerer Zeit in Paris befindet, äußerte sich dem Berichterstatter des „Universul" entgegen nicht nur über den hohen Grad der militärischen Vollendung, den er bei den Besichtigungen verschiedener Waffengattungen und Truppeneinheiten kennengelernt habe, sondern auch über die Zuvorkommenheit, mit der man ihm überall begegnet sei. „Vor Ihnen haben wir keine Geheimnisse", sei ihm überall erklärt worden.

## München in Trauer.

### Die Feiern für die Verunglückten.

ku. **München**, 28. 5. (Eigenbericht.)

Die Landeshauptstadt München hat heute an Tage der Beisetzung der Opfer der Eisenbahnkatastrophe ein allgemeines Trauergewand angelegt. Sämtliche staatlichen und städtischen Behörden sowie die Reichsbehörden in München, ferner die Konsulate und Generalkonsulate der auswärtigen Staaten, endlich zahlreiche Privatgebäude haben zum Zeichen der Trauer schwarz oder halbmast geflaggt.

Vormittags 9 Uhr fanden im Dom und in der Matthäus-Kirche unter stärkster Anteilnahme der Bevölkerung zwei offizielle feierliche Trauergottesdienste statt. Beim Gottesdienst im Dom war im Mittelschiff zwischen Lorbeer und Blattpflanzen ein mächtiger Katafalk aufgebaut, vor dem Kränze vom Landtag und Stadtrat niedergelegt waren. Hinter dem Katafalk befand in einer langen Reihe von Bänken die Angehörigen der Opfer Platz genommen. Dem Gottesdienst wohnten bei Kardinal v. Faulhaber, Ministerpräsident Dr. Held mit den Ministern Stützel, Fehr und Oswald, Landtagspräsident Königbauer mit mehreren Landtagsabgeordneten, Bürgermeister Scharnagl mit zahlreichen Mitgliedern des Stadtrats, Staatssekretär v. Frand, der Leiter der Abteilung Bayern der Reichsbahngesellschaft, Vertreter des Wehrkreiskommandos, der Landespolizei, der Feuerwehr und der Sanitätsmannschaften. Außerdem sah man Vertreter von Baden, Württemberg und Hessen sowie vom Königlichen Hause Prinz Franz v. Arenberg. Zu beiden Seiten des Katafalks hatten mehrere Eisenbahnerkorporationen mit trauerumflorten Fahnen Aufstellung genommen. Die Landespolizei und die Feuerwehr hatten ein Ehrenaufgebot gestellt. Auch der Gottesdienst in der Matthäus-Kirche war überfüllt. Es nahmen an ihm teil die evangelischen Mitglieder der Regierung, ferner, ebenso wie im Dom, zahlreiche Mitglieder des Landtags und Stadtrats sowie Vertreter der übrigen staatlichen und städtischen Behörden, ferner der Münchener Reichsbehörden. Dekan Lembert hielt eine tief empfundene Trauerpredigt über das Bibelwort „Kommet alle zu mir, die ihr mühselig und beladen seid".

Die Beisetzung der Opfer erfolgte heute nachmittag auf vier verschiedenen Friedhöfen. Zwei Opfer wurden bereits heute vormittag unter stärkster Anteilnahme der Bevölkerung feuerbestattet.

**Der Landtag hatte auf vormittag 10 Uhr eine Sitzung des Verfassungsausschusses angesetzt. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf die Tragödie im Münchener Ostbahnhof hinwies, die so vielleicht auf Jahrzehnte hinaus in vielen Familien fortwirken werde. Der Vorsitzende beschloß daher mit Zustimmung des Ausschusses, die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr zu vertagen. Zu der Ansprache des Vorsitzenden hatten sich die Abgeordneten von den Plätzen erhoben.**

### Ausfuhr und Währung.

fr. **Mailand**, 28. 5. (Eigenbericht.)

In einer Ansprache, die er heute vor der Abgeordnete Belloni, der bekannte Industrielle und Leiter der neugegründeten faszistischen Gewerkschaft, für den Handel, eine Rede über die Zusammenhänge von Ausfuhr und Währung gehalten. Er nahm seinen Ausgangspunkt von der passiven Handelsbilanz des vergangenen Jahres, die sich in diesem Jahre noch vermehrt habe. Das sei ein Grund, um die Handelsverträge der Nachkriegszeit, besonders die mit den neugegründeten Staaten einer genauen Prüfung zu unterziehen. Das sei auch nötig, weil Deutschland z. B. mit dem Kali- und Kohlenkommen mit Frankreich einen Weg verfolge, die ein Attentat auf die Meistbegünstigung wären. Die italienischen Zölle seien nicht höher als die amerikanischen. Das Zentralproblem konte heute:

**Die Einfuhr zu vermindern und die Ausfuhr zu steigern.**

Es sei falsch zu glauben, daß die italienische Industrie wegen der Stabilisierung der Währung nicht mehr ausführe, vielmehr sei es nötig, daß die Industrie in dem Augenblick vollgenauer Währungsstabilisierung gekräftigt dastehe, um dem ausländischen Wettbewerb gewachsen zu sein. Italien müsse seine Einfuhr an Luxusgegenständen, wie z. B. Luxusautomobilen und Schmuckgegenständen, erheblich einschränken. Eben so bedauerlich sei das fast unpatriotische Benehmen, daß die italienischen Waren nicht so gut seien wie die ausländischen. Eine umfassende Propaganda müsse sie einsetzen, wenn man wolle, daß das Handelsbehen nicht zurückginge. Was

**die Zölle**

anlange, dürfe man sie nicht mehr als ein Kampfmittel zwischen Industrie und Landwirtschaft ansehen, sondern man müsse auch das Konsumentenproblem in die Rechnung hineinbeziehen. Italien habe die Absicht, allen seinen Söhnen Arbeit zu geben, und darum müßten Landwirtschaft, Industrie, Handel, Banken und Transport sich gegenseitig verstehen lernen und zusammen kämpfen. — Die Rede fand lebhaften Beifall.

### Der neue Oberreichsanwalt.

Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer tritt wie bereits gemeldet, demnächst nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger hat das Reichskabinett den Geheimen Regierungsrat im Reichsjustizministerium Werner ausersehen. Seine Ernennung ist gemäß § 140 des Gerichtsverfassungsgesetzes auf Vorschlag des Reichsrats vom Reichspräsidenten zu vollziehen.

*

Geheimrat Werner hat seine gesamte bereits Tätigkeit dem Strafrecht gewidmet. Er ist aus der elsaß-lothringischen Justizverwaltung hervorgegangen, war bis zum Kriege bei der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Kolmar tätig und gehört seit dem Sommer 1919 dem Reichsjustizministerium an. Hier hat er die Verbindung zwischen diesem Ministerium und der Oberreichsanwaltschaft betreut, und ist also mit dem Arbeitsgebiet, das ihn in Leipzig erwartet, auf das genaueste vertraut.

## Reparationsbilanz.

Von

Oberregierungsrat **Dr. H. F. Berger.**

Der Abschluß des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens stellt den Schlußakt eines wichtigen Abschnittes in der Frage der internationalen Schuldenprobleme dar, der auch für Deutschlands Schicksal nicht ohne Bedeutung sein wird. Die Vereinigten Staaten haben nunmehr dant der ihnen zu Gebote stehenden Machtmittel, denen gegenüber sich selbst ein seine nationalen Interessen so hartnäckig verteidigendes Land wie Frankreich strecken mußte, praktisch alle Schuldner zur Anerkennung ihrer Schulden nach den für die amerikanischen Schuldenfundierungskommission aufgestellten Richtlinien bewogen. Das jüngst abgeschlossene französisch-englische Abkommen ist zwar nur ein Provisorium; das Definitivum wird sich indessen in seinem Aufbau von dem Caillauxschen Angebot und dem amerikanischen Vorbild kaum allzuweit entfernen. Diese Abkommen waren unerläßlich, um Ordnung in die Weltwirtschaft zu bringen und eine gewisse Atmosphäre internationalen Vertrauens zu schaffen, ohne die sich das internationale, vor allem das amerikanische Kapital nun einmal nicht in den Dienst des von ihm selbst so extremen Wiederaufbaus der von dem Kriege betroffenen Länder zu stellen gewillt war.

Sie waren für diese Länder ebenso notwendig, wie es das Londoner Abkommen — unter diesem Gesichtspunkt — es Deutschland war. Sie haben der einen Partei, den Schuldnerländer und Kapitalgeber Gewißheit darüber haben, daß die anderen Verpflichtungen des Schuldnerlandes nicht höher als die sein können, deren Summen sind; Gewißheit über die Durchführbarkeit der Regelung haben sie nicht geschaffen. Im Falle Deutschland besteht weder nach der einen noch nach der anderen Richtung Sicherheit. Seine Leistungen hängen von den Möglichkeiten der Aufbringung ab, die heute in den seltensten Fällen positiv lösbar, sondern meist in Frage gestellt werden, sie richten sich ferner nach den Transfermöglichkeiten und sind endlich zeitlich überhaupt nicht genau begrenzt. Trotzdem sind auch gewisse Vorbedingungen für die Schaffung des notwendigen Vertrauens in die Entwicklung der deutschen Wirtschaft dadurch geschaffen, daß der Sachverständigenplan Vorkehrungen gegen die Ueberspannung der Anforderungen an Deutschland getroffen hat, die kürzlich in der Meistgestellung des Internationalen Gerichts zur Auslegung des Planes über die Frage, ob Deutschland außer den Annuitäten noch andere Leistungen zu bewirken hat, ihre erste Probe bestanden haben.

Diese Vorkehrungen werden sich indessen erst richtig bewähren können, wenn die deutschen Leistungen aufhören, d. h. wenn nicht im vierten Reparationsjahr (Sept. 1927 bis Aug. 1928), wo infolge Hinzutretens der Zahlung des kleinen „Besserungsscheines" für das dritte Reparationsjahr (August 1928 bis 1929) Millionen R.-M. zu leisten sind, so doch aber Vorausssicht nach im fünften Reparationsjahr, wo die Steigerung der deutschen Leistungen, wenn sich der kleinere „Besserungsschein" für das vierte Jahr voll auswirkt, auf 2750 Millionen betragen soll. Die Zwischenzeit wird für Deutschland und seine Gläubiger aber immerhin wichtige Unterlagen für die Beurteilung der künftigen Aufbringungs- und Transfermöglichkeiten abgeben, deren richtige Anwendung von dem Fortschritt abhängen wird, den Gläubiger- und Schuldnerländer in wirtschaftlicher und politischer Beziehung im Verhältnis untereinander gemacht haben werden. Diese an sich natürliche Entwicklung, d. h. die Neuregelung der politischen Schulden — auch unsere Gläubigerländer haben ovorwiegend politische Schulden — auf der Grundlage der mit der jetzigen Regelung gemachten Erfahrungen kann für Deutschland durch Aufrollung des Problems der Gesamtschuldfestsetzung unterbrochen werden. Dies Problem besteht bei unseren Gläubigern eigentlich schon heute, nachdem ihre eigenen Schuldverhältnisse formell geregelt sind. Von amerikanischer Seite, die bisher stets die stärkste treibende Faktor in der Beeinflussung der Weltwirtschaft hemmenden Momente war, kann auch hier der Anstoß erwartet werden. Amerikas Interesse an den deutschen Zahlungen ist heute stärker als ganzer. Ohne Gefahr ist eine Bindung durch das Abkommen vom Januar 1925 mit den alliierten Finanzministern unmittelbar auf die deutschen Leistungen nach dem Dawesplan vermieden worden und kann sich weder an die Alliierten, was seine Befugnisse, noch an Deutschland, was seine Kriegsforderungen aus dem Berliner Vertrage betrifft, direkt halten. Diese deutschen Leistungen sind der ferner aller Voraussicht nach einen ausschlaggebenden Faktor bei der Regelung des deutschen Eigentums bilden. Sodann hat not least, sind die großen Gläubigerländer in weitestem Umfange nur Durchgangsstationen der deutschen Reparationen, die nach Churchills Berechnung mit wenigstens 60 Prozent vom amerikanischen Schatzamt vereinnahmt werden werden.

Das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten hat sich also bei Inkrafttreten des Londoner Abkommens nicht wesentlich verschoben. Die Amerikaner denken sich nun die Gesamtschuldfestlegung, deren Mangel in ihren Augen vielleicht nur ein weltwirtschaftlicher Schönheitsfehler ist, sehr einfach durch die Anpassung der deutschen Zahlungen an die von ihnen abgeschlossenen Schuldenabkommen. Die amerikanische Gruppe der internationalen Handelskammer vechnet sich in ihrem letzten, wegen der Ruhrbesetzung so selbst erörterten Bericht eine Kapitalsicherung der deutschen Leistungen nach dem Dawesplan (auf der Basis der „Normal"-Jahre) bei Annahme einer Dauer von 62 Jahren aus. Unterstaatssekretär Winston spielt in seinem Statement über die deutsche Eigentumsfrage mit dem Gedanken einer 80jährigen Dauer der deutschen Leistungen. Das Echo bei den Alliierten wird nicht ausbleiben. Zu Deutschland wird man diese Frage, deren Lösung auch hier oft und dringend gefordert wurde, sich unter diesen Umständen erst von allen Seiten besehen. Unter den vielen bitteren Bestimmungen des Versailler Vertrags enthält eine (Art. 233) den